

10.03.2014

Niederschrift

Ausschuss für Planung und Verkehr

am 10.02.2014 | Kreishaus Unna | Freiherr-vom-Stein-Saal II/III | Friedrich-Ebert-Straße
17 | 59425 Unna

Beginn 16:00 Uhr

Ende 17:30 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Günter Bremerich

Kreistagmitglieder SPD

Herr Jens Hebebrand

Herr Dieter Mendrina

Herr Gerd Oldenburg

Herr Theodor Rieke

Herr Heinz Steffen

Herr Herbert Ziegenbein

anwesend bis 16.50 Uhr

Sachkundige Bürger/innen SPD

Herr Norbert Drüke

Herr Thorsten Kozik

Kreistagmitglieder CDU

Herr Wolfgang Barrenbrügge

Herr Michael Dobrowolski

Herr Dipl. Ing. Wilfried Feldmann

Frau Martina Plath

Sachkundige Bürger/innen CDU

Herr Ulrich Passavanti

Kreistagmitglieder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Frau Anke Schneider

Sachkundige Bürger/innen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Frau Stephanie Schmidt

Kreistagmitglieder FDP

Herr Dipl.-Ing. Wolfgang Schilken

Sachkundige Bürger/innen FDP

Herr Michael Szopieray

Kreistagmitglieder DIE LINKE.

Herr Werner Sell

Sachkundige Bürger/innen FWG

Herr Andreas Czichowski

Kreistagmitglieder GFL

Herr Helmut Rosenkranz

Gast

Herr Michael Schwarze-Rodrian, Regionalverband Ruhr

Verwaltung

Frau Sabine Leiß, Leiterin Planung und Mobilität

Herr Klaus-Peter Dürholt, Planung und Mobilität

Frau Silke Schmücker, Schriftführerin

Herr Bremerich begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Die Ausschussmitglieder erklären sich mit dem Vorschlag von Herrn Bremerich einverstanden, den bisherigen Punkt 5 der Tagesordnung als Punkt 2 zu behandeln, da der zu diesem Thema eingeladen Referent einen Anschlusstermin hat. Die nachfolgenden Punkte verschieben sich entsprechend. Weitere Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- | | | |
|----------------|--------|---|
| Punkt 1 | | Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner |
| Punkt 2 | 011/14 | Konzept Ruhr & Wandel als Chance;
Perspektive 2020 |
| Punkt 3 | 007/14 | Neuaufstellung des Landesentwicklungsplans Nordrhein-Westfalen;
Stellungnahme des Kreises Unna |
| Punkt 4 | 012/14 | FahrradBus;
Konzept für 2014 und 2015 ff. |
| Punkt 5 | 006/14 | Linienbündelung im Kreis Unna |
| Punkt 6 | | Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen |

Nichtöffentlicher Teil

- | | | |
|----------------|--|--|
| Punkt 7 | | Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen |
|----------------|--|--|

Rodrian auf die in der Broschüre (S. 5) dargestellten Beteiligten. Dies seien ausschließlich Kolleginnen und Kollegen aus den beteiligten Städten; es werde also das vorhandene Know-how genutzt. Die Einstellung von Externen sei nicht erforderlich.

Das Europabüro beim RVR sei neben seiner Person noch mit zwei weiteren Kollegen besetzt. Eine Aufstockung sei dort auch nicht vorgesehen.

Auf Nachfrage von Herrn Steffen erläutert Herr Schwarze-Rodrian, dass der RVR kein Büro in Brüssel benötige, weil für Tages- und Kurzzeitbesuche die dort vorhandene Infrastruktur der Landesregierung genutzt werden könne. Das sei angesichts der geringen Zahl der Aufenthalte dort ausreichend.

Herr Bremerich stellt zusammenfassend fest, dass man für die neue Förderperiode gut aufgestellt sei. Er hoffe, dass auch entsprechende Mittel in den Kreis und in die Region fließen.

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt,

- die im Bericht „Perspektive 2020“ der interkommunalen Arbeitskreise „Konzept Ruhr“ und „Wandel als Chance“ dargestellten Interessen und Erfahrungen des Kreises Unna in die weitere Diskussion zu regionalen Konzepten und Projekten einzubringen und
- die interkommunalen Aktivitäten zur Mitwirkung bei der Entwicklung von Maßnahmen im Rahmen der neuen Förderlandschaften bei EU, Bund und Land NRW zu unterstützen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 3 007/14 Neuaufstellung des Landesentwicklungsplans Nordrhein-Westfalen; Stellungnahme des Kreises Unna

Erörterung

Frau Leißer erläutert eingehend die Drucksache 007/14. Dabei verdeutlicht sie zunächst die rechtliche Unterscheidung zwischen „Zielen“ und „Grundsätzen“. Während Ziele verbindliche Vorgaben seien, die insoweit auch eine entsprechende Rechtsbestimmtheit haben müssten, seien Grundsätze der Raumordnung als Vorgaben für nachfolgende Abwägungs- und Ermessensentscheidungen zu verstehen. Diese Unterscheidung sei grundsätzlich bei den einzelnen Festlegungen des Landesentwicklungsplans zu beachten.

Frau Leißer geht sodann ausführlich auf den Inhalt der Stellungnahme des Kreises ein (S. 4 bis 11 der Drucksache) und erläutert die Ausführungen zu den einzelnen Themengebieten.

Im Rahmen der „Regionalen und grenzübergreifenden Zusammenarbeit“ plane die Landesregierung, ganz NRW zur Metropolregion zu erklären. Aus Sicht des Kreises sollte aber die bisherige Regelung, dass nur die Rhein-Ruhr-Schiene als Metropolregion begriffen werde, Bestand haben.

Herr Hebebrand erklärt, die SPD-Fraktion habe noch Beratungsbedarf. Er bittet daher, die Beschlussfassung über die Stellungnahme auf die Sitzungen des Kreisausschusses und Kreistages zu vertagen.

Für die CDU-Fraktion unterstützt Frau Plath ausdrücklich die Stellungnahme der Verwaltung. Insbesondere sei ihre Fraktion ebenfalls der Meinung, dass nicht das gesamte Bundesland als Metropolregion ausgewiesen werden könne; die entsprechenden Strukturen dafür seien nur in den Ballungsräumen vorhanden.

Statt der Benennung der Rhein-Ruhr-Schiene als Metropolregion, wie unter Punkt 5 der Stellungnahme dargestellt, plädiere die CDU-Fraktion aber für eine Benennung als „Metropolregion Ruhr“. Trotz der Verflechtungen zum Rheinland bestehe hier durchaus auch eine Konkurrenzsituation. Hier sollte man ausreichendes Selbstbewusstsein haben, die Region als Ruhrtal zu begreifen und von der „Metropole Ruhr“ zu sprechen.

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lobt Frau Schneider die Stellungnahme, die sehr detailliert ausgearbeitet sei. Besonders gut hätten ihrer Fraktion die Ausführungen zum Regionalflughafen sowie die ausdrückliche Darstellung der Risiken des Fracking gefallen. Dennoch gebe es aus ihrer Sicht auch Kritikpunkte. So sei beispielsweise der Klimaschutzplan schon in der Online-Abstimmung. Daher müsse man sich jetzt schon auf Vorgehensweisen verständigen und könne nicht auf die Festsetzung von Zielen warten.

Auch bei den Themen „Siedlungsraum“, „Rücknahme von Siedlungsreserveflächen“ und „Flächensparende Siedlungsentwicklung“ plädiere ihre Fraktion dafür, jetzt den Prozess bereits anzustoßen und nicht erst Zielformulierungen abzuwarten.

Zudem sollte die Stellungnahme im Themenbereich „Windenergie“ überarbeitet werden.

Wegen der angeführten Kritikpunkte könne die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der ansonsten guten Stellungnahme in der derzeitigen Form nicht zustimmen.

Für die FWG-Gruppe regt Herr Czichowski an, über die einzelnen Passagen der Stellungnahme getrennt abzustimmen. Die FWG befürworte einige Punkte ausdrücklich, anderen könne er wiederum nicht zustimmen.

Herr Steffen weist mit Blick auf den Antrag der CDU-Fraktion darauf hin, dass er eine Trennung von Rhein- und Ruhr-Schiene aufgrund der unterschiedlichen Finanzausstattung der Gebiete für ungünstig halte.

Aufgrund des von der SPD-Fraktion angemeldeten Beratungsbedarfs wird die Beschlussfassung über die Drucksache einmütig auf die Sitzungen des Kreisausschusses und des Kreistages (24./25.02.2014) verschoben.

**Punkt 4 012/14 FahrradBus;
Konzept für 2014 und 2015 ff.**

Erörterung

Herr Dürholt erläutert zunächst die Drucksache 0012/14 und stellt anhand einer Folienpräsentation die derzeitige Situation und die Überlegungen zur Zukunft des FahrradBusses dar. Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage 2 beigefügt.

Die Fahrgastzahlen, so Herr Dürholt, seien von 2012 auf 2013 signifikant gesunken. Gründe dafür seien neben der außergewöhnlich schlechten Witterung der Ausfall eines Tourenführers des ADFC, weshalb einige sonst gut frequentierte geführte Touren nicht hätten stattfinden können. Zudem habe man die sozialen Netzwerke nicht in gebotener Maße nutzen können, um für den FahrradBus zu werben.

Anschließend geht Herr Dürholt auf die möglichen Mängel des Konzepts (Folie 4-5) ein und erläutert sodann die in der Drucksache dargestellten fünf alternativen Szenarien für die Zukunft des FahrradBusses und die entsprechende Bewertung der Verwaltung. Nach Abwägung aller Vor- und Nachteile der Alternativen schlage die Verwaltung nunmehr vor, den FahrradBus im Jahr 2014 nach den Kriterien des Szenarios 3 (S. 5 der Drucksache) weiterzuführen. Parallel sollte ein touristischer Gutachter fundiert die Mängel und Schwachstel-

len des Konzepts ermitteln, so dass dann aus diesen Rückschlüssen ein Konzept für 2015 erarbeitet werden könne.

Bei dieser Vorgehensweise würden die Gesamtkosten des eingeschränkten Angebots und des Gutachtens mit 35.000 Euro den Vorjahresansatz nicht überschreiten. Nachteil sei jedoch, dass Haus Opherdicke nicht mehr mit eingebunden werden könne, weil das Unternehmen BRS, das die Konzession für die Strecken im Südkreis habe, nicht mehr an der Konzeption beteiligt sei.

Für die FDP-Fraktion führt Herr Schilken aus, er stehe als leidenschaftlicher Radfahrer dem FahrradBus grundsätzlich positiv gegenüber. Die FDP-Fraktion habe aber bereits zu Beginn des Projekts auf die hohen Kosten pro Fahrradtransport hingewiesen und in Frage gestellt, ob der Kreis solche Ausgaben aufwenden könne. Man habe sich dann jedoch für die fünfjährige Probephase ausgesprochen. Jetzt aber sehe man, dass das Projekt nicht wie gewünscht angenommen worden sei und nicht die erhofften touristischen Erfolge erzielt habe. Auch die inzwischen vorgenommenen Veränderungen hätten lediglich zu weiteren Einbrüchen der Nutzerzahlen geführt. Aus Sicht der FDP-Fraktion sollte daher entsprechend der derzeit geltenden Beschlusslage das Projekt im Jahr 2014 unverändert fortgeführt werden. Zum Ende der beschlossenen Laufzeit im Dezember sollte die Verwaltung dann selbst die erforderlichen Schlüsse aus den dann vorliegenden Nutzerzahlen ziehen und einen entsprechenden Beschlussvorschlag für die politischen Gremien erarbeiten. Ein Gutachten zu dieser Thematik halte er nicht für erforderlich.

Sollte sich dieser Vorschlag nicht durchsetzen, werde sich die FDP-Fraktion für die sofortige Einstellung des FahrradBusses aussprechen.

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN befürwortet Frau Schneider das in der Drucksache dargestellte Szenario 1, also die Fortsetzung des Projektes unter den Rahmenbedingungen der Jahre 2012 und 2013.

Weitere Veränderungen an dem Konzept würden nur zu einem „Tod auf Raten“ beitragen. 2011 sei beschlossen worden, dem Projekt noch fünf Jahre Laufzeit zu gewähren. Jetzt nach zwei Jahren und einem schlechten Sommer die Einstellung zu fordern, werde dem Angebot nicht gerecht. Erfahrungsgemäß dauere es immer eine Zeit, bis neue Angebote des ÖPNV angenommen würden, daher sollte man hier Durchhaltevermögen beweisen. Die Evaluation der Zahlen am Jahresende könne durch einen Gutachter oder durch die Verwaltung selbst erfolgen, wenn diese sich in der Lage sehe, die entsprechende Auswertung selbst vorzunehmen.

Bei dem von der Verwaltung vorgeschlagenen Szenario 3 störe sie besonders, dass Haus Opherdicke als einer der kulturellen Schwerpunkte des Kreises nicht mehr in das Konzept eingebunden sei. Das hoch gelegene Haus Opherdicke biete sich als Ausgangspunkt für eine Radtour für weniger sportlich ambitionierte Fahrer und für Familien besonders an.

Hinsichtlich der Werbung für das FahrradBus-Angebot schlägt Frau Schneider vor, die VKU mit einzubinden und beispielsweise Flyer in den Bussen auszulegen.

Herr Czichowski erklärt, aus Sicht der FWG lägen alle notwendigen Erkenntnisse für eine Entscheidung vor. Die Kosten pro Radbewegung betrügen 56 bis 83 Euro. Das sei Luxus, und es sei nicht Aufgabe des Kreises, Luxusangebote zu machen. Aus Sicht der FWG wären 10 bis 20 Euro pro Radbewegung akzeptabel; jedoch sei absehbar, dass diese Größenordnung nicht erreicht werden könne.

Der Vorschlag der Verwaltung in Szenario 3, ein Gutachten erstellen zu lassen, könnte in ein typisches politisches Szenario münden, dass keiner die Verantwortung für die zu treffende Entscheidung übernehmen müsse. Zusätzlich zu den Gutachterkosten hätte man aber dann noch ein weiteres Jahr den Verlust aus dem Projekt zu tragen. Man müsse das Rückgrat besitzen, Dinge einzustellen, wenn sie sich nicht bewährten. Die FWG werde daher den Beschlussvorschlag der Verwaltung ablehnen und für die Einstellung des Fahrrad-

Busses votieren. Wenn sich die finanzielle Situation verbessert habe, könne man gegebenenfalls daran denken, das Projekt wieder aufleben zu lassen.

Frau Plath erklärt, die CDU-Fraktion sei ebenfalls der Auffassung, dass alle Fakten für eine Entscheidung vorlägen. Die CDU-Fraktion habe bereits 2010 nach einjähriger Laufzeit des FahrradBusses angesichts der Zahlen Zweifel an dem Projekt gehegt. Seitens des Landrats sei in einer Kreistagssitzung dann aber geäußert worden, dass das Projekt auf fünf Jahre angelegt sei. Diese seien nun um, und die Zahlen sprächen für sich. Es sei offensichtlich, dass das Angebot von den Radfahrern nicht angenommen werde. 2013 habe der Kreis für jedes transportierte Rad Subventionen von 82,94 Euro gezahlt. Einem Zuschuss von 35.000 Euro stünden 422 transportierte Fahrräder gegenüber. Die CDU-Fraktion habe bereits im vergangenen Jahr für die Einstellung des kostenträchtigen Projekts votiert. Eine weitere Fortsetzung sei angesichts der katastrophalen Zahlen nun endgültig nicht mehr zu rechtfertigen. Da zudem mehr als 50 Prozent der Radfahrer Richtung Nordkirchen auspendelten, betreibe man Tourismusförderung vorrangig auch nicht für den Kreis Unna, sondern für den Kreis Coesfeld.

Die CDU-Fraktion, so Frau Plath abschließend, werde für die Sitzung von Kreisausschuss und Kreistag einen Antrag einbringen, in dem ein mögliches Konzept für die Weiterführung des FahrradBusses vorgegeben werde.

Herr Hebebrand führt aus, angesichts der nunmehr vorgetragenen verschiedenen Ansichten und Vorschläge sei es aus Sicht der SPD-Fraktion sinnvoll, die Thematik noch einmal intensiv zu durchdenken und zu beraten.

Die von Frau Plath angesprochene Fünf-Jahres-Frist sei 2012 beschlossen worden und ende somit erst 2017.

Die Zahlen seien in der Tat unbefriedigend, und es bestehe sicherlich Handlungsbedarf. In diesem Fall halte er ein Gutachten für sinnvoll und notwendig, weil der FahrradBus unter anderem ein Baustein des fahrradfreundlichen Kreises sei. Sicherlich könne man die Richtigkeit der Routen überdenken, aber gerade dafür sei ein Gutachten unter touristischen Gesichtspunkten notwendig. Die Mittel für dieses Gutachten müssten aber aus FahrradBus-Mitteln generiert werden und könnten nicht zusätzlich zur Verfügung gestellt werden.

Die SPD-Fraktion habe noch Beratungsbedarf und beantrage daher die Verschiebung der Beschlussfassung auf die Sitzungen des Kreisausschusses und des Kreistages.

Frau Schneider weist darauf hin, dass man jedes Mal, wenn man das Angebot verkleinert habe, auch Nutzer verloren habe. Insoweit könne man die Zahlen auch andersherum interpretieren. Sie schlägt mit Blick auf die Kosten vor, über Alternativen zu einem Gutachter nachzudenken. So könnte zum Beispiel das Projekt FahrradBus im Rahmen einer Diplom-Arbeit beleuchtet werden.

Herr Sell führt aus, nach den vorliegenden Zahlen werde das Angebot nicht angenommen. Die Fraktion DIE LINKE. sei der Meinung, dass der FahrradBus eingestellt werden müsse und werde alle anderen Alternativen ablehnen.

Herr Steffen verweist auf die Probleme, die sich auf der Strecke nach Opherdicke durch die Aufteilung der Konzessionierung zwischen VKU und BRS ergeben und regt an, über die Beauftragung eines Privatunternehmens nachzudenken. Dieser sei jedenfalls nicht an konzessionierte Strecken gebunden. Das könnte im Rahmen einer gutachterlichen Untersuchung geprüft werden, ebenso wie andere touristische Gesichtspunkte wie die Einkehr in Gaststätten auf der Strecke oder angemessene Werbemaßnahmen. Daher empfehle er dringend, das Projekt nicht einfach einzustellen, sondern die Chance der gutachterlichen Betrachtung zu nutzen.

Auf Antrag der SPD-Fraktion wird die weitere Beratung und Beschlussfassung einmütig auf die Sitzungen des Kreisausschusses und des Kreistages am 24./25.02.2014 verschoben.

Punkt 5 006/14 Linienbündelung im Kreis Unna

Erörterung

Frau Leiße weist darauf hin, dass die Linienbündelung an den beschlossenen Nahverkehrsplan anknüpfe. Mit der Bündelung solle verhindert werden, dass Verkehrsunternehmen nur für gewinnbringende Linien neue Konzessionen beantragten. 2015/2016 liefen die Verträge für insgesamt neun Linien aus, so dass es wichtig sei, die Bündelung jetzt auf den Weg zu bringen.

Derzeit werde ein Leistungsbild für die anschließende Ausschreibung des Gutachtens erstellt. Zielsetzung sei, das fertiggestellte Konzept im Herbst in die politische Beratung zu geben.

Punkt 6 Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

1. Modal-Split-Untersuchung

Frau Leiße weist darauf hin, dass die Befragung der ausgewählten Haushalte im Rahmen der Modal-Split-Untersuchung inzwischen abgeschlossen sei. Ein Entwurf des Abschlussberichts werde voraussichtlich Anfang März vorliegen und dann mit den Städten und Gemeinden sowie mit den Verkehrsunternehmen abgestimmt. Dieser Prozess könnte noch einige Zeit in Anspruch nehmen.

2. 10-jähriges Bestehen des Bündnisses für Familie

Frau Leiße berichtet, dass das Bündnis für Familie am 07.02.2014 10-jähriges Jubiläum gefeiert habe. Es habe sich in dieser Zeit bewährt. So hätten sich inzwischen in den Städten und Gemeinden ähnliche Strukturen gebildet, und die gemeinsame Arbeit im Kreis mit den vielen engagierten Netzwerkpartnern sei sehr effizient.

Anlagen

1. Folienpräsentation "Konzept Ruhr und Wandel als Chance"
2. Folienpräsentation „FahrradBus 2014/2015“

gez. Günter Bremerich
Vorsitzender

gez. Silke Schmücker
Schriftführerin